

THEMA

«Wir wollen doch nur in Frieden leben»

Rumänien Die Schweiz ist für die wenigsten Zigeuner ein Wunschziel – sie könnten sich die Reise nicht leisten

Mit dem verbreiteten Klischee haben die rumänischen Zigeuner wenig gemein. Das Nomadenleben haben sie aufgegeben, wohnen in einfachsten Hütten, arbeiten bei der Müllabfuhr oder helfen Bauern. Die sprichwörtliche Lebensfreude hat das Volk verloren.

ROBERT HANSEN, TICHINDEAL

Das Badewasser im roten Plastikbecken ist braun. Ilia saugt an der Brust seiner Mutter. Maria sitzt auf einer zerlöchernten Matratze und hält ihren Sohn. Ihr Gesicht ist matt und gezeichnet von den Anstrengungen der vergangenen Jahre. Die Frau weiss nicht, wie alt sie ist. Sie lebt in den Tag, jeden Morgen von neuem, übermorgen ist noch weit weg. Das Leben hat ihr nichts geschenkt, sie bittet um eine kleine Flasche Speiseöl. Auf dem Holztisch liegt ein Maiskolben und angebrochenes Brot.

Die Wärme des Ofens kommt nur einige Zentimeter weit. Rauch drückt aus den Spalten des Kochherdes neben dem Bett. Maria hat nur zwei Kinder, ihre Nachbarin fünfzehn. Die kleine Florina mag zwei Jahre alt sein. Sie macht nicht in die Windeln. Sie hat nie welche getragen. Penetranter Gestank liegt im kleinen Haus, der Wind haucht durch die Ritzen.

Der Lehmbofen ist geputzt, so gut es geht, die Füsse finden kaum Platz, der Raum ist beengend. Darin drei Emailtassen, kein Stuhl, zwei Decken, ein Jesusbildnis und ein Kerzenstummel, kein Schrank mit einer buntestickten goldbehangenen Tracht. Die Menschen tragen die Kleider, die sie besitzen. Bedruckte Pullover und Bundfaltenhosen aus den Kleidersammlungen. Fließend Wasser gibt es nur im Dorfbach, eine Steckdose fehlt, die Toilette ist irgendwo vor der Haustüre. Der Mann, der die beiden Kinder gezeugt hat, arbeitet auf dem Feld.

Tichindeal, ein Dorf im Zentrum von Rumänien, eine Zigeunersiedlung, wie sie überall im Land zu finden sind. Der Unterschied zwischen den Dorfquartie-

«Das ist das Problem unseres Landes. Hier findet ein regelrechter Ausverkauf statt»

ren ist unübersehbar: abgeschieden die Hütten der Zigeuner, spielende Kinder, Schweine, Hunde und Katzen darum herum, tiefer Morast statt Strassen. Unten im Dorfkern von Tichindeal stehen anschauliche Häuser, Jahreszahlen aus dem letzten Jahrhundert zieren die Torbögen. Doch der Verputz blättert vie-



Bitterarm Maria mit ihrem Sohn Ilia und Tochter Florina und ihrem ganzen Hab und Gut.

FOTO: ROBERT HANSEN

lerorts ab. Die deutschstämmigen Rumänen haben das Land nach der Revolution 1990 verlassen und erhoffen sich eine bessere Zukunft im Land ihrer Ahnen. Rumänen wohnen heute in den Häusern und bebauen 40 Hektaren Land. Ein Araber hat in Tichindeal investiert, 300 Hektaren Land gekauft und 20 Arbeiter beschäftigt. Auf dem fruchtbaren Ackerbauand, das so viel Getreide und Gemüse abwerfen könnte, weiden aber 10 000 Schafe. Der Bio-Käse kann in Westeuropa teuerverkauft werden. Auf einem nahen Feld graben Zigeuner Kartoffeln aus dem Boden. Der Bauer bezahlt dafür jedem zwei Franken Tageslohn. Eine Maschine kann er sich selber nicht leisten.

«Das ist das grosse Problem unseres Landes. Hier findet ein regelrechter Ausverkauf statt. Die Beamten sind korrupt und die Manager wirtschafteten ihre Firmen absichtlich herunter und verkauften das Inventar zum

Schrottpreis ins Ausland – mit grossem Profit in die eigene Tasche», klagt Zorin Boika. «Einer wird reich und tausend verlieren ihre Arbeit.» Er arbeitet beim christlichen Hilfswerk Diconia, besucht seit zwölf Jahren Zigeunerndörfer, koordiniert die Hilfslieferungen aus der Schweiz und organisiert den Aufbau von Infrastruktur und einfachen Häusern. «Die Zigeuner waren die ersten, die ihre Arbeit verloren haben. Sie haben bei den Rumänen einen sehr schlechten Ruf und gelten als faul. Hier im Land herrscht grosser Rassismus», sagt er.

Zigeuner, mit denen die Rumänen so gut wie keinen Kontakt pflegen wollen, sind nun ins Zentrum des Medieninteresses gerückt. Die Abschiebung einiger hundert Menschen aus der Schweiz ist ein grosses Thema, Fernsehreporter fragen die Abgewiesenen nach den Gründen, warum sie in die Schweiz wollten. Sie geben zur Antwort, dass sie

Arbeit und Essen suchten und Freunde besuchen wollten. «Das ist eine grosse Lüge», sagt Zorin Boika bestimmt. «Eine illegale Reise nach Westeuropa ohne Dokumente kostet pro Person mindestens 500 Dollar für die Schlepper. Eine Familie, die sich das leisten kann, ist nicht arm dran. Ich habe ein regelmässiges Einkommen und kann mir nicht einmal eine Reise mit meiner Frau nach Budapest leisten.» Er vermutet andere Gründe: «Diese Menschen waren nicht auf der Suche nach Arbeit, sie wollten eher stehlen und betteln, das ist sehr lukrativ. Warum sonst nehmen sie ihre Kinder mit», ist er überzeugt. «Weil sie aufgegriffen worden sind, haben sie in der Schweiz um politisches Asyl gebeten. Aber in Rumänien werden die Zigeuner weder politisch noch sozial unterdrückt. Ich muss es wissen, ich bin selber halb Zigeuner», sagt Zorin Boika.

Was nun mit den Menschen geschieht, die mit dem Flugzeug in Bukarest ankommen, weiss Zorin Boika nicht. «Für einen illegalen Grenzübertritt kommt jemand normalerweise mehrere Jahre hinter Gitter. Aber das käme den Staat teuer zu stehen, er muss nicht nur für das Essen im Gefängnis aufkommen, sondern auch für den Unterhalt der Kinder. Das wird Rumänien wohl nicht machen», glaubt Zorin Boika.

Nicht einmal die versprochenen Sozialgelder will der Staat mehr bezahlen. «Seit dem März haben wir erstmals Beiträge erhalten. Doch diese sollen ab dem nächsten Monat wieder gestrichen werden», sagt Nelu, Dorfpräsident von Budila nahe der Stadt Brasov. 170 000 Lei haben die Eltern für ein Kind erhalten – umgerechnet knapp 8 Franken. Nicht viel. Aber in Budila leben viele Kinder. Eine Frau schaut aus einem Haus und hält einen Säugling im Arm. Vier Kinder hat sie bereits in die Welt gesetzt, der Vater lächelt stolz. Auf die Frage, wie viele sie noch möchte, antwortet die Mutter: «Jedes Jahr eines.» Doch die Kinder erwarten eine ungewisse Zukunft.

Schon heute haben die Männer im

Dorf keine Arbeit mehr. «Während der Zeit von Ceausescu war das trotz der Unterdrückung besser», klagt Nelu. Er hofft, dass sich der Staat irgendwann für die Minderheiten einsetzt und die Hilfgelder aus der Europäischen Union tatsächlich bei ihnen ankommen. «Wir möchten doch nur in Frieden hier leben und ein Dach über dem Kopf. Rumänien ist unsere Heimat – wo wir nur schwer überleben können. Doch wir können nicht weg von hier. Schon das Passfoto können wir uns nicht leisten.»

Frauen und Kinder sammeln Pilze und Haselnüsse und verkaufen diese am Strassenrand. Besser gestellte Zigeuner besitzen Pferd und Wagen und verdienen mit Transporten wenige Lei. Einige Männer der Dorfes arbeiten als Tagelöhner, andere bei Bauern auf dem Feld. Zudem werden im Dorf Besen gefertigt. Einer kostet 70 Rappen. Das Rohmaterial müssen die Menschen in 50 Kilometer Entfernung holen.

Die Kinder des Dorfes kommen sehr nahe, zupfen an den Kleidern, ziehen am Arm, von hinten, von links, von rechts, posieren vor der Kamera,

«Während der Zeit von Ceausescu war das trotz Unterdrückung noch besser»

schreien und lachen. Die Erwachsenen machen ernste Gesichter. Ein grauhariger Mann hält die offenen Arme hin. Jeder Mensch in diesem Dorf ist hilfsbedürftig. «Wir haben zu wenig Lebensmittel», sagt Nelu. Ein Bauer treibt stolz seine Kuh in den Vorhof seines Hauses und schliesst den Bretterverschlag. Die Sonne versinkt hinter dem ersten Schnee auf den Bergen. Ein weiterer harter Winter steht vor der Tür. Doch so weit denkt niemand. Mit der Nacht kommt Ruhe ins Dorf. Nur aus einem Kassettenradio hämmert ein schneller Beat. Handorgel spielt hier niemand mehr.

Minderheit mit wenig Chancen

Aufbau Armut und Misswirtschaft stellen Rumänien vor grosse Probleme

Nur gerade 1000 Kilometer sind die Grenzorte der Schweiz und Rumänien voneinander entfernt. Doch zwischen den beiden Ländern liegen Welten. Das Land, das sich bisher immer fremden Herrschern beugen musste, findet den Weg in die Selbstständigkeit nur beschwerlich und trägt schwer am Erbe von Diktator Ceausescu. Rumänien ist bitterarm, ein Mittelstand fehlt weitgehend. Die allermeisten Menschen leben am Existenzminimum, nur zehn Prozent lassen es sich gut gehen. Notare und Verwaltungsangestellte fahren protzige deutsche Wagen, in Euros oder Dollars bezahlt. Der Lei verliert jedes Jahr drastisch an Wert. Die meisten Fabrikangestellten erhalten nur den gesetzlichen Mindestlohn von umgerechnet 80 Franken pro Monat.



23 Millionen Menschen leben im osteuropäischen Land.

Laut den offiziellen Statistiken gehören dazu auch eine Million Zigeuner – so nennen sich die «Fahrenden» in diesem Land selber, welche das Nomadenleben und ihre Traditionen längst aufgegeben haben und

über ganz Rumänien verteilt wohnen. Nur einige hundert sind noch mit Pferd und Wagen im Land unterwegs. Die Zigeuner, die oft weder lesen noch schreiben können, weder versichert sind noch einen Arztbesuch bezahlen können, leben in Dörfern, oftmals neben Rumänen, meist in friedlichem Einvernehmen. Das Volk, das durch seine dunkle Hautfarbe auffällt, ist vermutlich im 15. Jahrhundert aus Indien nach Europa gekommen. Die Zigeuner werden heute in Rumänien geduldet und verspottet, aber nicht verfolgt. Viele sind nirgends registriert. Nach Schätzungen leben bis zu vier Millionen in Rumänien. Die meisten leben in absoluter Armut, nur wenige kommen mit Blumenverkauf oder Spenglerarbeiten zu einem regelmässigen Einkommen. (roh)

Entwicklungshilfe für riesige Randgruppe

Rumänien Mit wenigen Spendenfranken wird versucht, möglichst vielen Menschen eine Zukunft zu sichern

Die schrecklichen Bilder rumänischer Waisenkinder sind verstaubt, Hilfswerkelder fliessen immer spärlicher nach Osteuropa. Das Engagement im Land ist nicht einfach, Entwicklungshelfer sind mit Eifersucht und Missgunst konfrontiert – denn allen kann nie geholfen werden.

ROBERT HANSEN, CLUJ

Rumänen sprechen nicht gut über ihre Nachbarn im eigenen Land: «Zigeuner sind faul, stehlen und stinken, sie sind in den Augen der Rumänen Abschaum und selber schuld für ihre Lage», sagt Elsbeth Wuttke. Sie lebt mit ihrem Mann und den beiden Söhnen seit eineinhalb Jahren in Gherla im Nordwesten von Rumänien. Matthias Wuttke arbeitet für «Diaconia» und koordiniert das Engagement des christlichen Hilfswerkes in Rumänien. «Die Zigeuner werden abgegrenzt und diskriminiert. Ich glaube auch nicht, dass sich das in absehbarer Zeit verbessert. Die Rumänen haben selber zu viele Probleme, um Raum für eine Entwicklung zu geben», glaubt Elsbeth Wuttke.

Familie Wuttke leistet Entwicklungshilfe. Und das hat sich in Gherla herumgesprochen. Eine junge Frau und ein Mann stehen vor der Tür, bitten zu ihrem neuen Haus und betteln um eine Eternitplatte. Wofür? Der Fussmarsch ins Zigeunerquartier führt vorbei am Distriktgefängnis und dem Friedhof an den Rand des Städtchens Gherla. Dort hausen die Menschen unter erbärmlichen Bedingungen. Aus Lehm und Holz sind die Wände, Türen werden durch Draht gehalten, Plastikfolien dienen als provisorisches Dach, aus den Ritzen drückt der Rauch. Die Familie, die während des Sommers auf dem Bahnhof lebte, konnte bei Verwandten an einem bestehenden Haus anbauen. Der Raum ist keine fünf Quadratmeter gross. Die Kälte des bevorstehenden Winters wird durch die Ritzen dringen, der kleine Ofen, der auch zum Kochen dient, wird die Temperatur nicht über den Gefrierpunkt heben können. Die Menschen schlafen in Decken auf dem Lehm Boden, um einander wenigstens ein wenig Wärme zu geben, eng beieinander. Herzerreissend. Dem Familienvater wird die Eternitplatte für das Dach zugesichert und die Nachbarn bitten sofort um Hilfe. Sie sind ebenso bitterarm und erwarten Unterstützung mit einer gewissen Selbstverständlichkeit: «Ihr seid aus dem reichen Westen. Ihr müsst uns helfen.»

Weniger Spendengelder

Doch die Hilfe aus dem Westen wird weniger, nachdem Rumänien aus den Schlagzeilen verschwunden ist. Zudem werden erkleckliche Summen der EU – für Roma-Projekte gesprochen – nicht verteilt. Rumänische Zigeunervereinigungen behaupten, es gäbe nur wenige Projekte. «Das ist eine Lüge. Die 13 Millionen Euro für die Minderheiten wären hochwillkommen», sagt Sorin Boica, der auch für «Diaconia» arbeitet und um Sibiu Zigeunerndörfer betreut. Er glaubt, dass die Zigeuner bewusst arm gehalten werden: «Mit Arbeit und einem regelmässigen Einkommen könnten die Familien ihre Kinder in die Schule schicken. Gut ausgebildet, würden sich die Menschen aber nicht mehr so leicht manipulieren lassen, und das ist nicht im Interesse jener, die Macht haben», glaubt Sorin Boica.

Das rückläufige Spendeninteresse spüren auch die Entwicklungshelfer vor Ort. Für viele ihrer Projekte fehlt das Geld, obwohl mit bescheidenen Summen viel erreicht werden kann: «Dieses Jahr gingen bei Diaconia für Rumänien wohl 40 Prozent weniger Spenden ein als vergangenes Jahr», schätzt Matthias Wuttke. Er versucht Projekte zu finanzieren, die nachhaltig wirken. «Es bringt nichts, wenn wir jemanden direkt mit Geld unterstützen. Jeder Franken soll durch mehrere Hän-



Vergessen Über eine Million Zigeuner wohnen in Rumänien in bitterer Armut, ohne feste Arbeit und meist ohne Sozialhilfe.

FOTO: ROBERT HANSEN

de gehen», erklärt er seinen Ansatz. So werden vor Ort Lebensmittel gekauft und an hungernde Menschen verteilt, damit verdienen der Bauer, seine Arbeiter und der Transporteur mit dem Pferdewagen. Mirca erhielt eine Kettensäge, um in Auftragsarbeit Brennholz zu sägen. Familie Iancu kann mit den Bienenstöcken Honig produzieren und verkaufen. Familien in Catun Baies freuen sich über die Hühner, die sie sich selber nicht hätten kaufen können. Sorin Boica betreut in einer abgeschiedenen Hüttensiedlung auch den Bau von einfachen Häusern. 3000 Franken kosten die Baumaterialien, Beton, Verputz und Holz, Fenster, Türen, Ziegel und ein Ofen. Einige Familien erhalten so ein Dach über dem Kopf, Händler können ihre Waren verkaufen.

Neid und Morddrohungen

Solche Hilfsaktionen rufen jedoch auch Neid nicht begünstigter Dörfer hervor. Das ging so weit, dass frühere Projekte von Diaconia – unter dem Namen «Ostkurier» war das Hilfswerk bereits vor über 10 Jahren in Rumänien aktiv – aufgegeben werden mussten. «Unser Projektleiter in Brasov erhielt

Morddrohungen. Zudem kamen aus Hetea immer unverschämtere Forderungen, was Hilfsaktionen schliesslich verunmöglichte», sagt Hans-Rudolf Hintermann, Begründer und Leiter von «Diaconia» mit Sitz in Beinwil am See. Dort werden auch die Hilfslieferungen von Esswaren, Kleidern, Matratzen und Möbeln koordiniert. Früher kamen die Waren per Eisenbahn nach Rumänien, heute werden sie mit Lastwagen transportiert – was immer noch einen grossen administrativen Aufwand nach sich zieht, der nur mit ein wenig «Trinkgeld» an die Behörden beschleunigt werden kann. Korruption ist immer noch eines der grossen Probleme des Landes.

Ziel von Diaconia ist es, neben der materiellen Hilfe auch den christlichen Glauben zu verbreiten. «Bei allen verantwortlichen Mitarbeitern in unseren Einsatzgebieten handelt es sich um gläubige, einsatzfreudige Christen, denen es ein persönliches Anliegen ist, die Botschaft des Evangeliums auf mannigfache Weise zu verbreiten», so Hans-Rudolf Hintermann. Eine gut gemeinte Aktion eines holländischen Hilfswerkes verhinderten die christlichen

Grundwerte der Bevölkerung: «Aus Holland kamen 3000 Kodome, die ich an den Mann bringen sollte. Doch die Familien haben abgelehnt. Wir sind Christen und wollen die göttliche Fügung nicht beeinflussen», war die Antwort», erzählt Sorin Boica. Obwohl viele Familien ihre Kinder nur schlecht ernähren können, steht im zeugungsfähigen Alter der Frau praktisch jedes Jahr Nachwuchs ins Haus.

Schwerpunktland der Deza

Andere Institutionen arbeiten ohne konfessionellen Hintergrund. Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) unterstützt Rumänien seit 1990, seit 1995 ist Rumänien ein Schwerpunktland. Dieses Jahr fliessen 7 Millionen Franken aus der Schweiz, für die Förderung von Klein- und Mittelbetrieben, das Gesundheitswesen und rechtsstaatliche Institutionen. 15 private Organisationen aus der Schweiz sind an den Projekten beteiligt. Bis 2005 läuft ein Landesprogramm, an dem auch das Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) beteiligt ist und das ebenfalls 5 bis 7 Millionen Franken jährlich einbringt. Investiert

wurde beispielsweise in ein Wasserkraftwerk, die Strassenbahn von Bukarest, in Fernwärmesysteme sowie in das Gesundheitswesen und in die Ausbildung. Ziel ist die Stabilisierung der demokratischen Systeme in Rumänien.

Gemäss der Zeitung «Curierul National» stellt Rumänien nächstes Jahr 10,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Sozialschutz bereit – mehr als fünf Milliarden Euro. Ob das Geld bis zu den hilfsbedürftigen Zigeunern kommt, ist fraglich: «Viele Zigeuner wissen nicht, dass sie Bürgerrechte besitzen, haben noch nie etwas von einer Grundversicherung gehört und können oft weder lesen noch schreiben», sagt Matthias Wuttke. In diesem Jahr bezahlte der Staat erstmals einigen registrierten Familien Sozialgelder – umgerechnet keine 100 Franken pro Monat. Als Gegenleistung mussten sich die Erwachsenen verpflichten, in den Kommunen Müll wegzuräumen und Strassen zu putzen.

Alte Frauen sitzen den ganzen Tag am Strassenrand. Ihre Baumüsse, die sie unter den Bäumen aufgelesen haben, kauft niemand ab. Auch wenn sie nur einige Rappen kosten.

«Ein gebeugtes Haupt schlägt man nicht ab»

Unterdrückung Die Bevölkerung findet aus der jahrelang gelebten Lethargie nur schwer heraus

Jahrzehntelang, jahrhundertlang veränderten sich die Grenzen des Vielvölkerstaates am Schwarzen Meer, wurde die rumänische Bevölkerung unterdrückt: von herrschsüchtigen Nachbarn rundherum, zerrieben zwischen den Grossmächten, während des Zweiten Weltkriegs auf der falschen Seite kämpfend, von Stalin danach ausgebeutet, von Diktator Ceausescu zuletzt unterjocht. Die Menschen durften sich nicht einmal mehr im eigenen Land frei bewegen. Mit der vor 12 Jahren neu gewonnenen Freiheit kommt die einfache Bevölkerung nur zögerlich zurecht. Zwar sind heute im Land alle Errungenschaften der westlichen Zivilisation erhältlich, doch oft nur in unerschwinglichen Euros oder Dollars zu bezahlen. Die Landeswährung Lei hat in den letzten vier Jahren 75 Prozent ihres Wertes verloren. Korrupti-

on ist immer noch weit verbreitet, im Gesetzes- und Paragrafendschungel kennen sich nur wenige aus – die machen dafür sehr gutes Geld.

Der Unterschied zwischen Reich und Arm fällt selten so auf wie in Rumänien: Schicke Limousinen überholen riskant Pferdefuhrwerke. Ein praktisch flächendeckendes UMTS-Handynetz ist in Rumänien bereits aufgebaut und die Geschäftsleute (und Entwicklungshelfer) surfen mit Laptops mit High-Speed im Datennetz, was in Mitteleuropa noch Zukunftsmusik ist. Über einen durchschnittlichen rumänischen Monatslohn kostet ein unterdurchschnittliches Hotelzimmer für eine Nacht. McDonald's hat es bereits in einige Provinzstädte geschafft; wer dort isst, ist reich. Ein Zigeuner bekäme für seinen Tageslohn dort nicht einmal ein Getränk. Der staatlich zugesicherte

Mindestlohn beträgt für einen Fabrikarbeiter ab nächstem Jahr 75 Euro pro Monat.

«Ein gebeugtes Haupt schlägt man nicht ab», war die Überlebensstrategie und ist noch heute die Mentalität vieler Rumänen», sagt Matthias Wuttke, der Rumänien schon vor vielen Jahren bereist hat und heute hier lebt. Die Menschen wehrten sich nicht, als sie merkten, wie Firmenmanager den ganzen Besitz an ausländische Investoren verscherbelten. Sie verloren zu Zehntausenden die Arbeit und fügten sich ihrem Schicksal, ohne aufzubegehren. Für Innovation ist das Land nicht bekannt, neue Erwerbszweige werden nur schleppend vorangetrieben. Zwar wirbt Rumänien als Reise-land. Doch die Infrastruktur ist nicht darauf vorbereitet, den Touristen die zauberhaften Berglandschaften näher zu bringen. Und für einen Strand-

urlaub am zu kommunistischen Zeiten verschandelten Donau-Delta reist niemand aus dem Westen an.

Dabei richtet sich das Augenmerk der Bevölkerung westwärts, sie hofft auf Hilfe, auf Europa, voller Illusionen auf den baldigen Anschluss an die Europäische Union. Die Menschen sprechen diesen Wunsch immer wieder aus – und schauen bei einem Gespräch unterwürfig auf den Boden, lächeln selten. Um die Menschen zu manipulieren, stattete Ceausescu die Familien mit Fernsehern aus. Die Menschen haben damals der Propaganda des Staates geglaubt. Und sie glauben heute den Bildern der Vorabendserien und ihrer vorgegaukelten heilen Welt; daran, dass im Westen jeder ein luxuriöses Haus mit Aussicht besitzt, seine Ferien in der Karibik verbringt und eine Sportlimousine fährt. (roh)

Umweltschutz wird in Rumänien eingekauft

Pilotprojekt Die Schweiz saniert marode Heizungen – und kann sich die CO₂-Reduktion selber anrechnen

Um die Vorgaben des Kyoto-Protokolls zu erreichen, unternimmt die Schweiz Anstrengungen über die Grenzen hinaus. Sie sanierte als Pilotprojekt zwei rumänische Fernheizsysteme. Denn statt in der Schweiz in teure Anlagen zu investieren, lässt sich die verlangte CO₂-Reduktion in Osteuropa viel günstiger einkaufen.

ROBERT HANSEN, PASCANI

Die Wärme verpufft durch die Fensterritzen. Die Häuser sind nicht isoliert, die Leitungsrohre tropfen, der Gasbrenner in der städtischen Heizzentrale arbeitet mit einem katastrophalen Wirkungsgrad. In Rumänien wird oft mit Fernwärme geheizt. Doch davon kommt wenig in den tristen Wohnblocks an. Dafür ist sie sehr teuer: manchmal verschlingen die Heizkosten die Hälfte des bescheidenen Monatseinkommens. Und alle Bewohner bezahlen einen Pauschalbeitrag. Die Heizkörper lassen sich ohnehin nicht regulieren.

Einige Häuserblocks weiter. Hinter den schallisolierten Türen dröhnt ein Generator. Die Heisswasserkessel sind frisch gestrichen, die verchromten Rohre glänzen, über der Eingangstür hängt eine Schweizer Fahne. Eine der zehn Fernwärmezentralen in der osteuropäischen Stadt Pascani wurde mit Schweizer Steuergeldern saniert, durch einen Schweizer Generalunternehmer geplant, gebaut und nun eingeweiht. «Das nützt Rumänien und bringt Investitionen in der Schweiz», sagt Alexander Lüchinger, Ingenieur und seit sechs Jahren mit dem Projekt betraut. «An der Anlage hängen 3000 Einwohner. Das erste Blockheizkraftwerk in Rumänien wird mit einheimischem Methanogas betrieben und produziert 750 Kilowatt elektrische Leistung, welche gewinnbringend in das öffentliche Netz eingespeist wird. Die Anlage liefert 12 Megawatt thermische Leistung für Heizung und Warmwasseraufbereitung.» Dicke Rohre führen aus dem Bau und verschwinden in der Hausfassade.

Entwicklungshilfe aus Eigeninteresse

«1996 stellte Rumänien einen Finanzhilfesantrag an die Schweiz, um diverse Fernwärmeprojekte mitzufinanzieren», erzählt Lüchinger die Entstehungsgeschichte. Statt im Giesskannenprinzip in die maroden Anlagen zu



Veraltet Die meisten rumänischen Wohnblocks werden mit Fernwärmezentralen (Mitte) geheizt – mit grossen Energieverlusten.

FOTOS: ROBERT HANSEN

investieren, konzentrierte sich die Hilfe auf die zwei Städte Buzau und Pascani. Für insgesamt sechs Millionen Franken wurden zwei bestehende gasbetriebene Werke mit einem schlechten Wirkungsgrad zu «Musteranlagen» umgebaut. «Damit wird ein Wirkungsgrad von 90 bis 95 Prozent erreicht. Die CO₂-Emissionen reduzieren sich beträchtlich», so Lüchinger. Mit 10 000 Tonnen pro Jahr rechnet er.

Das wiederum ist für die Schweiz interessant. Denn das Kyoto-Abkommen sieht vor, die Treibhausgase acht Prozent unter den Stand von 1990 zu bringen. Die Schweiz will in den Jahren 2008 bis 2012 den Durchschnittswert des CO₂-Ausstosses um zehn Prozent gegenüber 1990 senken. Das Kyoto-Protokoll soll von der Schweiz demnächst ratifiziert werden. Schon heute ist klar, dass dieses Ziel teuer erkaufte werden muss: über höhere Benzinpreise, tech-

nische Innovationen, Auflagen an die Produktionsbetriebe – aber auch über Investitionen im Ausland. Denn die CO₂-Reduktion muss nicht ausschliesslich im eigenen Land erfolgen. Investiert ein Staat oder eine Firma in ein Projekt, das die CO₂-Belastung vermindert, wird dafür ein Zertifikat ausgestellt. Ein Interesse an solchen Zertifikaten ist bereits vorhanden. «Derzeitiger Marktpreis für eine Tonne CO₂ beträgt fünf Dollar. Ich gehe aber davon aus, dass bei einem Handel der Preis steigen wird», glaubt Lüchinger.

Handel mit Zertifikaten

«Die Vermeidung von CO₂ ist in Rumänien um ein Mehrfaches billiger als in der Schweiz», bestätigt Lüchinger. Ziel des Schweizer Pilotprojektes in Rumänien ist es, erste Erfahrungen zu sammeln. Das finanzierende Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) will wis-

sen, wie und in welchem Anteil die erzielten CO₂-Einsparungen den beteiligten Ländern angerechnet werden können. Zudem sollen Anhaltswerte ermittelt werden, wie hoch die Investitionen für die CO₂-Reduktion ausfallen. Die Schweiz spielt im Bereich Fernwärme neben Holland eine Pionierrolle – die sich auszahlen könnte.

Das Projekt in Pascani hat aber auch Vorbildcharakter, da die Heizkosten für die Betreiber und die Abnehmer durch moderne Technik sinken: «Die Anlage soll anderen Städten demonstrieren, dass sich Investitionen in wenigen Jahren amortisieren», lobt der rumänische Staatssekretär Sergiu Sechelariu. Stolz ist Stefan Denzler, Programmverantwortlicher für die Infrastrukturfinanzierung bei der seco: «Dank unserem Projekt hat Rumänien das Kyoto-Protokoll ratifiziert.»

Bereits wird über ein Blockheizkraft-

werk in der Hauptstadt Bukarest verhandelt, 75 Millionen Franken teuer und zum Grossteil von der europäischen Entwicklungsbank finanziert. Politische Hürden verhindern allerdings, dass die fertigen Pläne aus der Schublade geholt werden. Auch das Schweizer Staatssekretariat für Wirtschaft will sich mit 11,5 Millionen Franken daran beteiligen. «Das Projekt läge ganz auf unserer Linie», sagt Max Streit, der für Deza und seco in Rumänien arbeitet. 65 000 Tonnen CO₂ könnten damit eingespart werden. Und ein Teil dieses Betrages könnte sich auch die Schweiz gutschreiben lassen.

Das Potenzial in osteuropäischen Staaten bleibt gross. Mit einer guten Isolation der Häuser, Fenster und Türen könnten nochmals bis 50 Prozent der Heizkosten gespart werden. Das ist jedoch so teuer, dass sich diese Investition vorerst für niemanden rechnet.

«Rumänien tritt der EU am 1. Januar 2007 bei»

Interview Umweltminister Petru Lificiu über Hoffnungen, fehlende Initiative und langsame Veränderungen

Die Schweiz will in Rumänien Heizungen sanieren, um die erzielte CO₂-Reduktion im Rahmen des Kyoto-Abkommens zum Teil dem eigenen Land anrechnen zu können. Was bringt das Rumänien selber?

Petru Lificiu: Solche Projekte wie jenes der Schweiz sind in der am wenigsten entwickelten Region Ostrumänien absolut nötig. Die Luftqualität ist eines der grössten Probleme, die unser Land hat.

Weshalb lancierte die Schweiz ihr Pilotprojekt ausgerechnet in den Städten Pascani und Buzau und nicht anderswo?

Lificiu: Es braucht Initiative, wie beispielsweise jene des Bürgermeisters von Pascani. Fleissige Behörden haben den Zugang zu solchen Projekten. Wer auf das Geld einfach wartet, wird nie etwas erhalten. Leider ist diese Mentalität in Rumänien noch weit verbreitet. Die Entwicklung einer Region ist stark abhängig von den lokalen Amtsträgern.

Was macht der Staat, um die Probleme zu lösen?

Lificiu: Wir sind das erste osteuropäische Land, welches das Kyoto-Protokoll unterschrieben hat. In praktisch al-



Petru Lificiu

len Städten sind die Heizanlagen jedoch in einem schlechten Zustand. Alle örtlichen Behörden wurden beauftragt aufzuzeigen, wie viel modernisiert werden muss.

Wie teuer ist die Modernisierung?

Lificiu: Rumänien braucht, um auf westeuropäisches Niveau zu kommen, 20 Milliarden Euro.

Wie soll das finanziert werden?

Lificiu: Wir versuchen alle Möglichkeiten: über das Budget – nächstes Jahr steigen die Umweltausgaben von 0,2 auf 0,4 Prozent –, über Kredite. Der Mut der ausländischen Investoren wächst. Neue Gesetze ziehen grosse Investitionen nach sich. Ich glaube, die Zentralheizungen sind hauptverant-

wortlich für die Luftverschmutzung in Rumänien. Der Zustand dieser Anlagen ist eines der schwersten Erben aus der Ära Ceausescu. Diese arbeiten mit einem Wirkungsgrad von nur 40 Prozent. Wir streben nun einen Wirkungsgrad von 85 bis 90 Prozent an.

Weshalb sind die Anlagen in einem so schlechten Zustand?

Lificiu: Rumänien hatte eine der schwersten Diktaturen von Europa, was jede Innovation behinderte. Wir waren 50 Jahre lang wie in einer Konservendose. Sogar um einen Farbfernseher zu kaufen, brauchte es eine Bewilligung.

Vor über einem Jahrhundert hat sich Rumänien von diesen Fesseln befreit.

Lificiu: Ja, 1990 kam es praktisch zu einer Explosion. Die Menschen waren sehr erschreckt, sie wussten nicht, was zu tun ist, und hatten Angst, Haus und Arbeit zu verlieren. Sofort die Mentalität zu wechseln und eine freie Reform einzuleiten war nicht möglich. Die Reformen sollten meiner Meinung nach langsamer angegangen werden.

Für das langsame Tempo wird der heutige neokommunistische Präsident Ilies-

cu kritisiert; er genießt im Westen keinen guten Ruf.

Lificiu: Das ist ein ungerechtes Urteil. Zwar hat Iliescu bereits im Kommunismus unter Ceausescu gearbeitet. Aber er versuchte schon damals, demokratische Strukturen einzuführen. Er hat die Mentalität der Leute gut verstanden und hat die Notwendigkeit von Reformen erkannt. Die müssen aber nachhaltig gemacht werden können. Das braucht Zeit. Den Kommunismus gibt es in Rumänien nicht mehr und wird es nie mehr geben. Die meisten Menschen glauben an die Reformen. Wir müssen nur noch ein wenig warten.

Doch Rumänien drängt auf den EU-Beitritt. Wann glauben Sie, wird Rumänien Mitglied?

Lificiu: Ich glaube nicht, ich bin sicher, dass wir am 1. Januar 2007 der EU beitreten werden. Wir sind in ständigen Verhandlungen und die Resultate der Reformen sind bereits sichtbar.

Petru Lificiu bekleidet das Amt des Umweltministers seit diesem Jahr, 2001 war er Staatssekretär im selben Ministerium. Zuvor war der studierte Ingenieur in der Privatwirtschaft als Manager und Generaldirektor technischer Firmen tätig.

STEUERGELDER FÜR DIE DEMOKRATIE

Rumänien ist ein Schwerpunktland der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) und des Staatssekretariats für Wirtschaft (seco). Seit 1992 besteht ein Finanzhilfefeabkommen im Umfang von 55 Millionen Franken, 44 Millionen sind in konkrete Projekte geflossen oder dafür vorgesehen. Die Deza engagiert sich in diesem Jahr mit 7,7 Millionen Franken. Erklärtes Ziel ist ein «Beitrag an die Konsolidierung eines demokratischen Staates sowie einer offenen und sozialen Wirtschaft.» Schwerpunkte des Programmes sind die Förderung des Privatsektors, Reformen im Gesundheitswesen, Unterstützung für den Aufbau eines Rechtsstaates und Investitionen in die Infrastruktur und die Umwelt. Das seco investiert 4 Millionen in rumänische Projekte. Im Rahmen der Wirtschaftsförderung bleibt das Geld jedoch in der Schweiz, da zur Hauptsache schweizerische Firmen mit der Projektion und der Ausführung betraut werden. Laut Schätzungen der Schweizer Botschaft und der Handelskammer Schweiz-Rumänien flossen bisher aus der Schweiz 700 Millionen Franken Investitionsgelder. (roh)